



Wortprotokoll der 8. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Berlin, den 3. Dezember 2025, 17:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Unterrichtung durch Chef BK, **BM Thorsten Frei,**
MdB, zur

**Neuausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik der
Bundesregierung unter Berücksichtigung aktueller
politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher
Herausforderungen und zur engeren Ausrichtung
der Nachhaltigkeitsstrategie an Regierungshandeln
im Wege eines Aktionsplans**



Tagesordnungspunkt 2

Seite 18

Beschlussfassung gemäß § 70 Abs. 1 Satz 2 GO-BT
über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche

- a) zum Thema **„Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit“** (Arbeitstitel) am 17. Dezember 2025
- b) zum Thema **„Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Gesundheit“** (Arbeitstitel) mit **Dr. Eckart von Hirschhausen** am 28. Januar 2026

Tagesordnungspunkt 3

Seite 18

Berichte zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschussberatungen

Tagesordnungspunkt 4

Seite 18

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beek, Sascha van Bosbach, Caroline Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Weiss, Dr. Maria-Lena Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Aeikens, Anna Bilic, Florian Lenz, Dr. Andreas Mack, Klaus Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang
AfD	Groß, Rainer Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer Reck, Christian	Martel, Johann Pauli, Denis Rentzsch, Matthias Schmidt, Dr. Paul
SPD	Abdi, Sanae Bollmann, Hendrik Kreiser, Dunja Michel, Kathrin	Kleebank, Helmut Zierke, Stefan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lübcke, Dr. Andrea Wagner, Johannes	Vriesema, Mayra Wagener, Niklas
Die Linke	Fahl, Dr. Fabian Hermeier, Mareike	Bock, Violetta



Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch Chef BK, BM Thorsten Frei, MdB, zur

Neuausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung unter Berücksichtigung aktueller politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen und zur engeren Ausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie an Regierungshandeln im Wege eines Aktionsplans

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich darf Sie alle ganz herzlich zur 8. Sitzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen (PBnEZ) begrüßen. Ich eröffne die Sitzung und freue mich, dass wir den Chef des Bundeskanzleramts, Herrn Bundesminister Thorsten Frei, MdB, heute zum Gespräch gewinnen konnten, unterstützt von Staatssekretär Dr. Jörg Semmler, ebenfalls aus dem Bundeskanzleramt. Seien Sie beide ganz herzlich begrüßt. Natürlich begrüße ich auch alle Kolleginnen und Kollegen des PBnEZ. Wir freuen uns sehr auf unseren heutigen Austausch, denn das Bundeskanzleramt ist ja sozusagen das „Zentrum der Nachhaltigkeit“. Es gibt den Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung (Staatssekretärsausschuss), es gibt den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), den wir hier auch schon als Gesprächspartner hatten. Der Beirat hat an dieser Stelle eine wichtige parlamentarische Scharnierfunktion für das Thema. In gewisser Weise ist der PBnEZ ein weiteres Kraftzentrum. Die Bundesregierung setzt den maßgeblichen Rahmen für die Nachhaltigkeitsstrategie, wie er auf Regierungsseite definiert wird. Danach wird der Nachhaltigkeitsbegriff durch verschiedene Schwerpunkte konkretisiert: der leistungsfähige Staat, eine leistungsfähige, nachhaltige Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie internationale Verantwortung und Zusammenarbeit. Das sind die fünf Punkte, die Bundesminister Thorsten Frei sicherlich noch etwas konkretisieren wird. Deshalb möchte ich selber an dieser Stelle nichts weiter dazu ausführen. Wir haben für das Thema etwa eine Stunde Zeit. Jetzt freuen wir uns auf die

Einführung in das Thema durch den Bundesminister Thorsten Frei.

Thorsten Frei (Bundesminister für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes): Liebe Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst einmal herzlichen Dank für die freundliche Einladung hier in den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen. Sowohl Staatssekretär Dr. Jörg Semmler als auch ich sind sehr gerne zu Ihnen in den Beirat gekommen, weil wir uns in den letzten Wochen mit dem Thema kontinuierlich beschäftigt haben. Ich habe die Arbeit des Beirats in der Vergangenheit auch aus anderer Perspektive, hier aus dem Deutschen Bundestag heraus, verfolgt und habe auch sehen können, wie wichtig und wertvoll diese Arbeit ist, aber natürlich auch, wie herausfordernd es ist, ein so großes Querschnittsthema wirkungsvoll im parlamentarischen Alltag zur Anwendung zu bringen. Das ist natürlich eine Herausforderung, die im Grunde genommen eine Daueraufgabe bleibt. Das Thema ist so groß, dass es an manchen Stellen vielleicht sogar zu groß erscheint und man vor der Größe der Aufgabe dann auch ein Stück weit zurückweicht. Der Ausgangspunkt für die Bundesregierung ist natürlich zunächst einmal das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dort haben wir die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vereinbart. Wir haben das dann als Regierung umgesetzt, wenn man so will, mit den Beschlüssen vom 5. November 2025, als wir den Staatssekretärsausschuss eingesetzt und ihn auch mit der Aufgabe betraut haben, diese Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie vorzunehmen. Die Vorsitzende hat in ihren einführenden Worten ja im Grunde genommen schon die wesentlichen Punkte benannt. Wir möchten das Thema einerseits auf andere, insbesondere derzeit sehr relevante Bereiche ausweiten und andererseits uns auf das fokussieren, was dabei am Ende herauskommt. Dabei geht es auch darum, dass man die Dinge nicht einfach nur bearbeitet, sondern sich mit der Frage beschäftigt, was ändert das Vorhaben dann auch für die Bürgerinnen und Bürger? Was hilft uns das im Hinblick auf den Klimaschutz? Was bringt es im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsziele in ganz unterschiedlichen Bereichen? Diese Fragen muss man beantworten. Das ist eine



wichtige Grundsatzentscheidung, nicht nur für die Arbeit des Staatssekretärsausschusses, sondern auch für den Beirat und natürlich auch für den Rat für Nachhaltige Entwicklung ist sie von ganz entscheidender Bedeutung. Ziel ist es, dass die Arbeit so effektiv wie möglich gestaltet wird. Der Staatssekretärsausschuss wurde bereits angesprochen. Im Grunde genommen ist das das Format, in dem wir die Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und erarbeiten möchten. Dabei wird es entscheidend sein, dass man nicht nur den Input aus den einzelnen Fachministerien nutzt, sondern dass man vor allen Dingen auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Beirat pflegt. Das war schon in der Vergangenheit so, aber diese unmittelbare Verknüpfung kann man natürlich insbesondere auch dadurch deutlich machen, dass die Vorsitzende im Staatssekretärsausschuss mitarbeitet und damit für eine ganz enge Verzahnung sorgt. Auch im weiteren Prozess muss es natürlich so sein, dass sowohl die Anregungen aus dem Beirat aufgenommen werden als auch, ich weiß nicht, wie weit man da gehen kann, gegebenenfalls bis hin zu einer Art Rechenschaftspflicht. Das ist ja immer der Fall, dass die Bundesregierung alles, was sie unternimmt, letztlich vor dem Parlament auch zu rechtfertigen hat. Dies gilt auch in diesem Bereich. Ich meine das aber auf eine ganz positive Art und Weise, weil das am Ende helfen wird, gemeinsam zu besseren Ergebnissen zu kommen. Für uns ist es entscheidend, dass wir in all diesen Bereichen einen echten Output hinbekommen. Weil die verschiedenen Säulen, die dann auch in entsprechende Missionen münden, angesprochen wurden, gilt es natürlich, das Ganze auch in die heutige Zeit zu transformieren. Das ist ja auch der Grund, warum man eine Weiterentwicklung macht.

Wir haben heute natürlich ganz besondere Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich: wenn es um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit geht, wenn es darum geht, wie wir uns auch langfristig aufstellen, um insgesamt ein tragfähiges, nachhaltiges Konzept zu haben. Aber was sicherlich auch eine Rolle spielt, sind Sicherheitsfragen, die man wahrscheinlich vor einigen Jahren so noch nicht auf dem Schirm hatte. Denn für nachhaltige Sicherheit geht es eben nicht nur um klassische Fragen von Diplomatie und Militär, sondern da geht es auch

um Fragen der Resilienz, um Fragen der Durchhaltefähigkeit. Das hört sich jetzt ein bisschen martialisch an. So meine ich es gar nicht. Es geht dabei auch darum, wie man Strukturen so ausgestaltet, dass sie dann unter Stress, tatsächlich auch funktionieren. Wir gehen das sehr offen an und sind offen für viele gute Vorschläge und Anregungen, weswegen es dann eben auch wichtig ist, dass wir tatsächlich eng zusammenarbeiten und uns hoffentlich auch gegenseitig Impulse geben können.

Wir wollen die Arbeit so anlegen, dass sie sich sehr stark auch an den Realitäten orientiert. Das kann man auch dadurch erreichen, dass man mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) auch den dritten Akteur entsprechend mit einbezieht. Ich hatte die Gelegenheit, nicht nur die Vorsitzenden des RNE in den letzten Monaten zu treffen, sondern ich war vor nicht allzu langer Zeit – wie die eine oder der andere von Ihnen hier aus dem Beirat – bei der Jahreskonferenz des Rates und habe dort jedenfalls auch in der relativ kurzen Zeit, die ich da war, einen Eindruck bekommen können, wie man dort denkt, in aller Unterschiedlichkeit, und wie man dort die Schwerpunkte setzt. Ich glaube jedenfalls, dass diese Anregungen aus der Mitte der Gesellschaft und aus ganz unterschiedlichen Bereichen dort hilfreich sein können, sowohl für die parlamentarische Arbeit wie auch für die Arbeit des Staatssekretärsausschusses. Wenn es uns gelingt, das in einer guten Weise zusammenzubinden, dann haben wir, glaube ich, viel erreicht. Ich freue mich jetzt einfach auf den Austausch und die Diskussion. Ich weiß natürlich auch aus früherer Betrachtung und auch aus der Beschäftigung mit dem Thema, dass ein ganz maßgebliches Thema natürlich immer auch die Frage ist: Wie schaffen wir es, neben der Betrachtung der Themen und der Überlegung von Konsequenzen daraus letztlich auch ein gewisses Maß an Verbindlichkeit hinzubekommen? Das ist ja eine Frage im parlamentarischen Prozess, und das kann man im Grunde genommen auf alle anderen Themen übertragen. Bei allem, was man macht, möchte man ja nicht nur für den Aktenschrank arbeiten, sondern vor allen Dingen für das, was dabei herauskommt. Der Prozess muss eine gewisse Wirksamkeit entfalten. Deswegen muss das eine permanent wichtige Fragestellung für uns sein: Wie können wir es



hinebekommen, dass wir dies auch schaffen? Wenn es hier aus diesem Kreis gute Anregungen und Vorstellungen gibt, dann bin ich dafür dankbar und will gerne auch versuchen, im Rahmen meiner Möglichkeiten, diese zu befördern. In diesem Sinne würde ich an dieser Stelle einen Punkt setzen und freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Generell kann man ja sagen, dass der Gedanke oder das Konzept der Nachhaltigkeit in der Politik ein bisschen im Widerspruch steht zu den üblichen Abläufen innerhalb der Politik, die ja doch sehr stark von Zuständigkeitsregelungen geprägt sind, sowohl im negativen als auch im positiven Kompetenzkonflikt. Nach dem Motto: „Geh nicht in meinen Vorgarten, und ich gehe nicht in deinen.“ Hinzu kommt die Unterteilung in Wahlperioden. Man denkt legitimerweise auch an die nächste Wahl. Nachhaltigkeit erfordert aber, diese Grenzen zu überwinden, „out of the box“ zu denken, die Wechselwirkungen von Entscheidungen mehr in den Blick zu nehmen und sie im „Big Picture“ zusammenzudenken, um eben auch gerade in der zeitlichen Dimension ein Stück weit darüber hinaus gehen zu können. Das ist, glaube ich, das, was die Sache schwierig macht. Gerade wenn wir auch noch das Thema Zukunftsfragen dazu bekommen haben. Diese Fragestellungen sind ja dann vielleicht ein bisschen weiter in der Zukunft zu stellen. Die Regierung bildet das Thema dadurch ab, dass es jetzt einen Staatssekretärsausschuss gibt, der die verschiedenen Ressorts repräsentiert und den Anspruch dann vermutlich auch hat, dieses Zuständigkeitsdenken ein Stück weit zu überwinden. Wie kann man das denn in die normale politische Arbeit dann wiederum implementieren? Wie bekommt man denn eine gewisse Verbindlichkeit dann auch hin? Das wäre aus meiner Sicht schon nochmal eine grundsätzliche Frage, und ich möchte vielleicht nur ergänzen, dass der Beirat sich zum Beispiel für die nächsten Termine vorgenommen hat, mit dem Thema „Gesundheit“, „Klima“ und „Ernährung“ zu beschäftigen und als weiteren Schwerpunkt „Klima auf kommunaler Ebene“. Wie kann beispielsweise Stadtplanung aussehen? Was kommen da für Herausforderungen auf uns zu? Wir wollen auch diese Schwerpunkte setzen,

bei denen man diese verschiedenen Aspekte dann auch übergreifend betrachtet. Daher die Frage, ob da vielleicht auch schon konkrete Themen in den Blick genommen worden sind, und vor allem auch nochmal die Frage der Verbindlichkeit in der Umsetzung. Dann bitte ich jetzt auch die Kolleginnen und Kollegen gerne um Wortmeldungen.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich bin jetzt zum zweiten Mal in diesem Beirat. Ich habe auch im Koalitionsvertrag gelesen, dass Sie den PBnEZ stärken möchten. Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass ich bisher davon noch nicht so viel sehen kann. Wenn man sich die Plenardebatten ansieht, dann ist der Beirat eigentlich gar kein Thema. Bei vielen Gesetzen, die diskutiert werden, wird nicht auf das Votum des Beirats zurückgegriffen. Das ist mein Eindruck. Das finde ich sehr schade. Ich bin gespannt, ob Sie noch Veränderungen hinebekommen oder ob das im Sande verläuft. Was ich aber wirklich nicht verstehe, ist Folgendes: Ich habe das heute den Bundesminister der Finanzen gefragt und frage das auch hier. Sie wissen, dass Klimaschutz für viele Menschen in Deutschland ein wichtiges Thema ist und nicht nur grüne Parteipolitik. Es war vielen jungen Menschen – und die vertreten Sie als Bundesregierung ja auch – ein großes Rätsel, wie Sie es während der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Brasilien (Conference of the Parties – COP30) geschafft haben, im Koalitionsausschuss dieses Signal zu setzen. Das kann man vielleicht inhaltlich bewerten, wie man möchte, aber dieses Signal zu setzen, Sie machen jetzt die Flugtickets günstiger, möchte ich Ihnen einfach nur widerspiegeln. Sie haben ja auch ein Interesse, vielleicht wiedergewählt zu werden. Sie verspielen dabei wahnsinnig viel Zuspruch bei den Menschen, denen Klimaschutz wichtig ist. Das lässt sich auch logisch nur unzureichend erklären. Die Debatte heute mit dem Bundesminister der Finanzen war ja im Hinblick auf die Arbeitsplätze in Ordnung. Aber der Zeitpunkt war unglücklich. Ich würde Sie doch bitten, dass Sie das Thema Nachhaltigkeit dann auch ganzheitlich betrachten und so etwas auch mitbedenken, da ich mich in meiner Arbeit hier in diesem Beirat irgendwie nicht so richtig ernst genommen fühle, wenn wir hier zuarbeiten und uns anstrengen sollen, damit die Regierung



möglichst nachhaltige Gesetze beschließt und gleichzeitig solche Widersprüche produziert. Ich fand es einfach nur schade, bedauerlich und nicht nachvollziehbar und finde, das hätten Sie besser machen können.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Als nächstes hat der Abg. Dr. Fahl das Wort.

Abg. **Dr. Fabian Fahl** (Die Linke): Vielen Dank. Sie sprachen eben von einer Verbindlichkeit in Sachen Nachhaltigkeit. Die Vorsitzende hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass es systemische Gründe gibt, warum Nachhaltigkeit in der Politik doch manchmal zu kurz kommt. Ich möchte das kurz konkretisieren: In einem Ausschuss werden immer einzelne Vorgänge behandelt, aber es gibt nirgendwo diesen Raum innerhalb dieser Logik der Ausschüsse des Bundestags, um die Themen wirklich mal übergreifend und im Kontext zu besprechen. Ich glaube, dass wir hier in diesem Beirat genau diese Option haben, weil hier Mitglieder aus verschiedenen Ausschüssen zusammenkommen und wir übergreifend diskutieren können und daher eine ganz starke Position haben könnten. Ich hatte deswegen auch schon mal vorgeschlagen, dass wir zum Beispiel in laufenden Prozessen, wenn gerade Vorlagen in den Ausschüssen beraten werden, ein gemeinsames Positionspapier schreiben, in dem wir auf bestimmte Dimensionen der Nachhaltigkeit anhand der Nachhaltigkeitsziele eingehen und das dann noch in laufende Verfahren in die anderen Ausschüsse einspeisen könnten. Das halten wir für eine gute Idee. Mich würde interessieren, was Sie davon halten, weil Sie auch von Verbindlichkeit sprachen und auch von der Rechenschaftspflicht, die wir ja auch in der Politik beachten sollten. Das würde mich sehr interessieren.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Als nächstes sprechen Abg. Christian Reck, dann Abg. Dunja Kreiser und dann Abg. Volker Mayer-Lay.

Abg. **Christian Reck** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bundesminister Thorsten Frei. Meine Frage geht in die wirtschaftspolitische Richtung. Ich sehe es gerade in meinem Wahlkreis: Allein letzte Woche hat eine Walzengießerei geschlossen. Ein

Chemiekonzern baut in Deutschland 1.500 Stellen ab, wovon auch ein Standort in meinem Wahlkreis betroffen ist. So viel erst einmal zur aktuellen wirtschaftlichen Lage gut bezahlter Industriearbeitsplätze im hochenergetischen Sektor. Wir haben jetzt das Problem, dass aufgrund der politischen Weichenstellung der letzten Jahre hin zu einer unbedingten Emissionsreduzierung auf null – Stichwort grüner Stahl, Wasserstoffindustrie etc. – es für unsere heimische Wirtschaft immer schwieriger wird, wettbewerbsfähig zu sein. Die Industrie und die Fertigung verlagern sich immer mehr ins Ausland. Daher habe ich eine allgemeine Frage, ohne dass ich hier schon das Paradigma – nämlich die Frage, ob eine Emissionsreduzierung auf null – überhaupt diskutieren möchte. Meine Frage ist, inwieweit die Regierung den Carbon-Leakage-Effekt einbezieht oder berechnet. Wenn man hier auf Teufel komm raus mit einem festen Zeitplan für die Jahre 2040, 2045 auf null Emissionen reduzieren will, dann wird es infolgedessen irgendwo auf der Welt produziert. Der Bedarf verschwindet ja nicht einfach. Das ist natürlich eine Absurdität, wenn sie denn so kommen würde, die nicht zielführend ist. Daher frage ich mich, wie man im Gesetzgebungsverfahren diese Ausweicheffekte der Emissionsproduktion einbezieht. Wie bezieht man das international und auch volkswirtschaftlich ein?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Als nächstes die Abg. Frau Dunja Kreiser.

Abg. **Dunja Kreiser** (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bundesminister Thorsten Frei, herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind, damit wir uns austauschen können. Der PBnEZ erfüllt eine sehr wichtige Querschnittsaufgabe und beschäftigt sich in seiner Arbeit regelmäßig mit nachhaltigen Themen. Könnten Sie sich zum Beispiel vorstellen, den Beirat mit ausschussähnlichen Rechten zu versehen und damit verbindliche Verfahren zu schaffen, beispielsweise durch die Einführung eines Nachhaltigkeitsvorbehalts, also verpflichtende Stellungnahmen. Wir haben eine wachsende Transformation in der Industrie und der Wirtschaft, die sich durchaus den Herausforderungen stellt. Wir haben gute Projekte auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie,



etwa bei der Innovationsförderung. Dann stellt sich die Frage nach der Prüfkompetenz: Könnte man diese zum Beispiel festschreiben, um Stellungnahmen auch in die Ausschüsse einzubringen, ob die Nachhaltigkeitsthemen qualifiziert behandelt worden sind? Dies betrifft auch verpflichtende Beteiligungen an allen Regierungsberichten zur Nachhaltigkeit. Das wäre, glaube ich, wichtig. Auch die Frage, ob das Bundeskanzleramt als Schnittstelle zum Beispiel auch dabei tätig werden könnte, etwa durch Quartalsgespräche. Wir haben ja viele Herausforderungen. Wenn ich jetzt mal meinen Bereich, auch als wasserpolitische Sprecherin, ansehe: Wasser ist das neue Gold, gerade in Konkurrenz bei der Nutzung und zur Wasserstoffstrategie. Aber eben auch im Hinblick auf die Herausforderungen von Katastrophen, die wir durch den Klimawandel haben.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Als nächstes spricht der Abg. Volker Mayer-Lay.

Abg. **Volker Mayer-Lay** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Lieber Herr Bundesminister Thorsten Frei, ich muss eingangs doch auch nochmal die Wortmeldung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Abg. Johannes Wagner kommentieren. Ich glaube, dass Ihre Darstellung, gerade unter Bezug auf die Flugtickets, auch eine Interpretation des Nachhaltigkeitsbegriffs aufzeigt, die ein großes Problem in unserer Gesellschaft aufwirft. Sie haben selbst von ganzheitlicher Betrachtung gesprochen. Ich glaube, das ist doch die große Krux, die wir im alltäglichen Geschäft als Nachhaltigkeitspolitiker erleben: Nachhaltigkeit wird immer nur auf einen Punkt reduziert, nämlich auf die Klimafrage. Wenn wir uns eine ganzheitliche Betrachtungsweise zu eigen machen wollen und auch die Zukunftsfragen, die wir jetzt im Namen des Beirats tragen, ernst nehmen, dann geht es doch auch um Standortfragen und es geht um Fragen der Wirtschaftlichkeit. Dann dürfen wir doch auch an unsere Industrie glauben. Dann dürfen wir auch an ein klimaneutrales Fliegen in der Zukunft glauben und müssen doch auch diese Branche stützen. Denn es geht doch darum, unser Land nach vorne zu bringen. Deshalb glaube ich, wir müssen alles daransetzen, diesen völlig eingeeengten Blick mit Scheuklappen auf das

Thema Nachhaltigkeit abzulegen. Jetzt aber zu meiner Frage an den Bundesminister Thorsten Frei. Auch ich war ja beim Jahreskongress des RNE. Da haben wir ja durchaus feststellen dürfen, dass die Zivilgesellschaft, die Vertreterinnen und Vertreter der Nachhaltigkeitsbranche aus der Wirtschaft, uns – und das meine ich parteiübergreifend – das Thema Nachhaltigkeit in der Politik nicht so recht abnehmen. Dort haben wir in den vergangenen Jahren, und zwar bei allen Regierungen und Nachhaltigkeitspolitikern, die wir hatten, nicht das erfüllt, was von uns erwartet wurde. Deshalb meine Frage: Wie können wir es denn schaffen, dass der PBnEZ nicht weiterhin als Alibi-Veranstaltung wahrgenommen wird? Wie können wir tatsächlich nach außen die Ernsthaftigkeit unseres Betreibens hier deklarieren? Was würde sich das Bundeskanzleramt diesbezüglich von uns wünschen?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Bundesminister Thorsten Frei, bitte schön.

Thorsten Frei (Bundesminister für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes): Ganz herzlichen Dank schon mal für diese erste Runde und die Betrachtung der Themen. Ich will vielleicht vor die Klammer gezogen sagen, weil das in mehreren Wortmeldungen vorkam: Ich glaube, wir haben eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass das Thema Nachhaltigkeit angemessen bearbeitet wird und dass es vor allen Dingen auch angemessene Berücksichtigung in der politischen Realität findet. Da werden wir versuchen, mit dem Teil, den wir zu verantworten haben – das ist insbesondere die Arbeit des Staatssekretärsausschusses, den ich ja selbst leite, sicherlich gemeinsam mit dem Kollegen Semmler –, dass wir dort auch darauf achten, dass das Fachwissen, das Sie haben, dort entsprechend eingebunden wird. Ich habe ja schon darauf hingewiesen, dass wir da auch eine personelle Verzahnung möchten und dass wir den ganz engen Austausch sowohl bei den Ideen am Anfang als auch bei der Fortschreibung und Umsetzung pflegen möchten. Und das setzt natürlich dann in gewisser Hinsicht auch einen regelmäßigen Austausch voraus. Frau Abg. Dunja Kreiser, Sie haben von einer Koordinierungsrolle gesprochen,



die das Kanzleramt übernehmen könnte. Jedenfalls war es eine ganz bewusste Entscheidung zu Beginn der Legislaturperiode, dass wir das Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsthema für die Bundesregierung weiterhin im Kanzleramt verortet lassen. Es gab da auch andere Überlegungen, ob man das an ein Fachressort abgibt. Wir haben uns ganz bewusst dagegen entschieden, weil ja auch die wesentlichen Säulen der Nachhaltigkeitsstrategie im Grunde genommen auf die ganze Bundesregierung ausstrahlen. Selbst wenn man einzelne Gesetze nimmt, wie das Klimaschutzgesetz, und das sich daraus ergebende – oder vielleicht auch umgekehrt formuliert: das daraus folgende – Klimaschutzprogramm, dann ist es ja etwas, was ganz viele Ressorts in der Bundesregierung betrifft. Deswegen haben wir es für richtig angesehen, dass das Bundeskanzleramt in dieser Frage auch eine gewisse Koordinierungsfunktion übernimmt. Deswegen stehen wir dafür grundsätzlich auch zur Verfügung. Sie haben in einigen Wortmeldungen jetzt natürlich auch Punkte angesprochen, die ganz gezielt den parlamentarischen Bereich betreffen. Da gebietet es schon der Respekt, dass ich mich zurückhalte, auch wenn ich natürlich selber Parlamentarier bin. Da muss man einfach sagen, dass es ja auch in der Vergangenheit schon viele gute Ideen gab, die die Bundestagsfraktionen gemeinsam umgesetzt haben. Die Idee beispielsweise, dass man sich – so ähnlich, wie wenn man sich ausführlich mit den einzelnen Abschnitten des Bundeshaushalts befasst – sich auf der anderen Seite auch sehr ausführlich mit den unterschiedlichen Punkten der Nachhaltigkeitsstrategie auseinandersetzt und mit den Nachhaltigkeitsthemen. Ich würde aus eigener Erfahrung, so wie jede und jeder hier wahrscheinlich auch, sagen: Ja, das stimmt, es gibt einen gewissen Widerspruch zwischen der Schnellebigkeit der Tagespolitik – und der sind wir ja alle in irgendeiner Weise unterworfen – und auf der anderen Seite den langfristigen Überlegungen, die sich aus dem Nachhaltigkeitsgedanken ergeben. Allein wenn man sich den Ursprung von vor 300 Jahren im sächsischen Staatsforst anschaut, dann sieht man eben, wie langfristig, jahrelang und im Grunde genommen generationenübergreifend diese Idee ist. Deswegen wäre mein Vorschlag, diese

Fragestellung vielleicht auch mit Ihren jeweiligen Fraktionen zu besprechen. Ich glaube, wenn man das gemeinsam vorantreibt, dann hat das vielleicht die Chance, dass man der parlamentarischen Wirklichkeit und dem Gedanken der Nachhaltigkeit noch mehr Aufmerksamkeit schenkt. Nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch den Raum. Ich will das mal vergleichen mit einem anderen Thema. Mein erster Ausschuss im Bundestag war der Auswärtige Ausschuss. Dort ist mir auch aufgefallen, dass wir immer einzelne Bundeswehrmandate und einzelne Problemfälle diskutieren, aber selten die Chance haben, die außenpolitischen Herausforderungen für unser Land im gesamten Zusammenhang darzustellen. Im Grunde genommen nicht nur darzustellen, sondern auch miteinander zu diskutieren, einzuordnen und daraus Handlungsleitlinien zu entwerfen. So ähnlich ist es im Grunde genommen mit der Nachhaltigkeit auch. Wenn man das wirklich gut machen will, dann muss man dem Thema im parlamentarischen Rahmen auch ausreichend Raum verschaffen, damit man diese Dinge miteinander diskutieren kann. Ich bin mir ganz sicher, dass Sie das in Ihren Fraktionen auch entsprechend artikulieren werden. Eine besondere Herausforderung ist es sicher für die Regierungsfaktionen, da am Ende dann auch dafür zu sorgen, dass es eine Mehrheit gibt.

Frau Vorsitzende, Sie haben ganz konkret die Themen und die nächsten Schritte angesprochen, nämlich in Bezug auf Gesundheit, Klima und Ernährung. Das ist jedenfalls von einer großen Nähe zur Wirklichkeit getragen, also auch zur Wirklichkeit der Menschen in unserem Land. Deswegen finde ich, sind es die richtigen Ansatzpunkte. Dass man Klimaschutz auch herunterbricht auf die kommunale Ebene und die Frage stellt: Was kann man denn ganz konkret tun? Wofür müssen wir in Berlin die richtigen Rahmenbedingungen setzen? Ein ganz klassisches Beispiel dort ist für mich der gesetzliche Rahmen für Wärmenetze. Dass man sich zunächst einmal mit solchen Fragen beschäftigt, bevor man sich die einzelne Heizung im jeweiligen Wohnhaus vornimmt, wird dem Gedanken der Nachhaltigkeit sehr gut gerecht. Deswegen macht es sicher Sinn, sich entlang dieser Themen dann auch zu ganz konkreten Entscheidungen hinzubewegen. Leider ist der Abg. Johannes Wagner nicht mehr da. Aber



ich nehme an, dass Sie ihm über meine Antwort berichten werden. Er hat den Konnex aufgemacht, wie es möglich sein kann, gleichzeitig eine Weltklimakonferenz zu machen und dann Entscheidungen im Koalitionsausschuss zu treffen, die möglicherweise mit diesen Zielen nicht im Einklang stehen. Ich will nur auf Folgendes hinweisen. Kollege Abg. Volker Mayer-Lay hat dies im Grunde genommen in seiner Antwort gemacht. Auch andere Fragen und Wortmeldungen haben das in das entsprechende Verhältnis gerückt. Ich glaube, eine besondere Anforderung beim Thema Nachhaltigkeit ist tatsächlich, diese Vielgestaltigkeit am Ende unter einen Hut zu bringen. Und dazu gehört eben vieles. Dazu gehört klassischerweise neben dem Klimaschutz, dem Artenschutz, der Vielfalt in diesem Bereich, eben auch der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft und vor allen Dingen auch die ökonomische Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft, weil das letztlich die Grundvoraussetzung ist, dass wir auch die anderen Aufgaben erfüllen können. Herr Wagner hat es jetzt etwas zugespitzt mit Vergünstigungen der Flugtickets umschrieben. Ich würde das anders sagen. Wir haben eine Luftverkehrssteuer in Deutschland im Gegensatz zu den allermeisten anderen Ländern der Welt und im Übrigen auch im Gegensatz zu den allermeisten anderen Ländern der Europäischen Union. Diese Luftverkehrssteuer, die ist im Jahr 2024 noch einmal erhöht worden. Das, was die Bundesregierung beschlossen hat und damit am Ende dem Gesetzgeber vorlegen möchte, ist, dass dieser letzte Erhöhungsschritt aus dem Jahr 2024 wieder zurückgeführt wird. Wir müssen uns nämlich schon auch mit der Realität auseinandersetzen. Ich glaube, Herr Abg. Dr. Fabian Fahl – nein, Abg. Herr Abg. Christian Reck –, Sie haben „Carbon Leakage“ angesprochen. Das ist natürlich ein ganz wesentlicher Punkt. Es sind ja nicht die Luftverkehrsbewegungen in Europa oder darüber hinaus irgendwie zurückgegangen, sondern was wir feststellen, ist, dass in unseren Nachbarländern die Ausgangszahlen aus der Vor-Corona-Zeit, also im Jahr 2019, weitestgehend wieder erreicht oder vielfach sogar übertroffen wurden, während in Deutschland die Passagierzahlen, die Transportzahlen um 18 Prozent unter Vor-Corona-Niveau liegen. Da kann

man natürlich schon sehen, dass das insbesondere dort, wo wir es mit grenznahen Flughäfen zu tun haben, dass die Verlagerung in Nachbarländer sichtbar wird. Wenn man diese verschiedenen Aspekte zusammendenkt, geht es hier nicht darum, Flugtickets zum Spottpreis zur Verfügung zu stellen, sondern wir stellen einfach fest, dass wir da in vielerlei Hinsicht nicht wettbewerbsfähig sind. Ich hoffe, dass ich die Größenordnung richtig sage, aber wenn ein Flugzeug in Madrid startet, dann kostet es etwa 500 Euro. Wenn ein Flugzeug von einem deutschen Flughafen startet – gleiche Strecke und ansonsten alles gleich –, dann kostet es etwa 5.000 Euro. Wir können in Deutschland sehen, wie diese Verlagerungseffekte stattfinden. Das halten wir unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht für richtig. Unter ökologischen Gesichtspunkten halten wir es auch nicht für zielführend. Unterm Strich werden wir die Herausforderungen – wir haben ja das Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂-Ausstoß) auf null zu bringen – nicht dadurch erreichen, dass wir keine Flugzeuge mehr nutzen, sondern wir müssen schauen, dass wir das auf eine klimafreundliche Art und Weise machen können. Es ist also im Grunde genommen der Gesamtzusammenhang, der hier deutlich wird.

Herr Abg. Christian Reck hat es im Grunde genommen auch angesprochen, dass die schwierige ökonomische Lage genauso ein Aspekt ist wie der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Klimaschutzanstrengungen, die wir machen wollen. Es ist eine Tatsache, dass wir derzeit jeden Monat Tausende von Industriearbeitsplätzen verlieren. Manchmal wird das gar nicht so sichtbar, weil es einen Arbeitsplatzaufwuchs etwa im Dienstleistungsbereich gibt oder im Bereich des öffentlichen Dienstes. Aber wir nehmen das natürlich sehr wohl zur Kenntnis, dass wir gerade im Bereich der Industrie massive Probleme haben und dass es in der Vergangenheit – und das wird auch in Zukunft so sein – der starke Anteil von produzierendem Gewerbe an der Gesamtwertschöpfung eben die Resilienz unserer Wirtschaft und damit auch unseres Staates insgesamt massiv befördern wird. Auch das ist eine Frage der Nachhaltigkeit.

Frau Abg. Dunja Kreiser, Sie hatten angesprochen, ob man den Beirat nicht auch mit ausschussähnlichen Rechten ausstatten kann.



Auch das ist natürlich eine Frage, die im Parlament entschieden werden muss – in Wahrheit dann von den Fraktionen. Das muss man sich sehr gut überlegen. Es spricht sicher vieles dafür. Wenn Sie sagen „ausschussähnlich“, dann lässt es ja viele Schattierungen an Möglichkeiten zu. Ich glaube, die entscheidende Frage ist: Wie kann man es schaffen, die Erkenntnisse und Positionen des Beirates möglichst effektiv in die parlamentarischen Prozesse einzuspeisen? Das gilt für den parlamentarischen Bereich und vorgelagert auch für das, was wir in der Bundesregierung machen. Wie kann man das auch effektiver gestalten? Wie kann man dafür sorgen, dass das wirklich eine Konsequenz hat? Das ist eine ganz entscheidende Frage. Da kann ich mich in den parlamentarischen Bereich nicht einmischen, aber wir können gemeinsam überlegen, wie wir das vorgelagert möglichst effektiv machen. Das mündet dann im Grunde genommen auch in der Wortmeldung des Abg. Volker Mayer-Lay: Wie kann man dafür sorgen, dass das Ganze nicht zur Alibi-Veranstaltung wird, sondern wirklich nicht nur einen Nutzen stiftet, sondern die Menschen – sowohl die, die sich damit beschäftigen, als auch die, die das beobachten – den Eindruck haben, dass das wirklich ein wichtiges Thema ist, das im Übrigen auch entsprechenden Niederschlag findet? Ich glaube, das müssen wir gemeinsam in der täglichen Arbeit machen, indem wir uns an den Zielen orientieren und man das in der praktischen Politik auch erkennen kann, was es bedeutet, und zwar in allen politischen Themen, auch, aber nicht nur im Bereich des Klimaschutzes. Weil das aber vorhin von Ihnen angesprochen worden ist, will ich einfach sagen: Wir haben ja ein Klimaschutzgesetz, das zuletzt, glaube ich, im Jahr 2024 novelliert wurde oder jedenfalls in der Regierungszeit der letzten Regierung angepasst wurde. Das ist aber die geltende Rechtslage, an der wir uns orientieren. Das beinhaltet nicht nur den gesamthaften Blick jenseits der Sparten, sondern das bedeutet auch, dass überall dort, wo wir Defizite haben, die Bundesregierung im Rahmen eines Klimaschutzprogrammes auch sagen muss, mit welchen Maßnahmen sie die Ziele zu erreichen gedenkt. Das ist eine Herausforderung. Deswegen spreche ich es an, das steht unmittelbar als Aufgabe im Raum. Wir müssen das nämlich bis

März 2026 abschließen. Deswegen arbeiten wir daran auch schon intensiv. Die einzelnen Ressorts haben ihre Meldungen auch bereits abgegeben. Die werden derzeit gerade gutachterlich geprüft und auf die Frage untersucht, inwieweit diese Maßnahmen geeignet sind – wenn sie geeignet sind, auch ausreichend –, um die Ziele des Gesetzes tatsächlich erreichen zu können. Das sind die Themen, an denen wir arbeiten. Zur Abrundung kann ich noch einmal insofern darauf hinweisen, dass die Wahrheit wahrscheinlich in der Mitte liegt. Wir haben uns zu Klimaschutzzielen verpflichtet, weltweit in Paris, in Europa und hier in Deutschland durch ein entsprechendes Bundesgesetz. Die Bundesregierung wird sich natürlich – ich habe das heute schon in anderem Zusammenhang gesagt – immer rechtskonform verhalten. Alles andere wäre ja auch indiskutabel. Deswegen werden wir uns genau daran orientieren. Nichtsdestotrotz ist es natürlich klar, dass nichts in der Politik absolut ist oder so gut wie nichts. Ich will es mal einschränken: Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes ist absolut und unsere Sicherheit als Land beispielsweise auch. Aber ansonsten ist Politik eben immer das Austarieren von unterschiedlichen Schwerpunkten. Das geht nicht anders. Wir haben eine begrenzte Menge an Möglichkeiten, beispielsweise Haushaltsmittel, zur Verfügung. Wir werden immer – das ist das parlamentarische Kerngeschäft – darauf achten müssen, dass wir mit dem, was wir einsetzen können, die maximale positive Wirkung erzielen. Da ist Klimaschutz ganz wichtig. Aber eben nicht auf Kosten, sondern nur gemeinsam mit einer funktionierenden Wirtschaft, die uns auch in die Lage versetzt, diese Herausforderungen zu bewältigen. Und diese Herausforderungen sind ja nicht nur nationaler, sondern auch internationaler Natur.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Abg. Caroline Bosbach hat sich gemeldet.

Abg. **Caroline Bosbach** (CDU/CSU): Lieber Herr Bundesminister Thorsten Frei, vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind. Ich möchte gerne noch etwas ergänzen. Sie haben gerade zu Recht gesagt, man müsse dem Thema Nachhaltigkeit mehr Aufmerksamkeit und mehr Raum schenken. Das sehen wir alle so. Deswegen sind wir hier. Ich bin



zumindest aus dem Grund persönlich hier. Jetzt aber die Frage: Wie machen wir das? Meine These ist, so wie es gerade erfolgt, schaffen wir das nicht, weil dieses Thema einfach nicht positiv besetzt ist. Wenn man darüber nachdenkt, was in der Bevölkerung, wenn sie das Wort Nachhaltigkeit hört, alles damit assoziiert wird, dann ist es Stress. Warum? Stichwort Berichtspflichten. Mal ganz konkret: Wer in der Breite der Bevölkerung an Nachhaltigkeit denkt, denkt an Fesseln, an Dokumentationspflichten, die ausarten, die am Ende des Tages auch keiner liest. In der Praxis ist es so. Das kostet einfach sehr viel Zeit und Geld. Deswegen möchte ich einfach nur mitgeben, dass, wenn wir gute Geschichten erzählen bzw. positive Narrative setzen wollen, dann müssen wir Nachhaltigkeit auch attraktiver gestalten. Das geht nicht, wenn man das Ganze mit Fesseln assoziiert, sondern wirklich nur mit einem guten Outcome-Thema. Wir hören sehr oft – auch jetzt in allen Ausführungen, sowohl bei den Fragestellern als auch gerade in der Antwortrunde: Es geht immer um Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz. Also: Nachhaltigkeit ist Nachhaltigkeit, und Klimaschutz ist Klimaschutz. Es geht – und das ist auch meine persönliche Motivation, warum ich mich dafür engagiere – um das Austarieren von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Das gelingt in der politischen oder auch in der parlamentarischen Praxis zunehmend schlechter, weil jeder natürlich seine Vorstellungen hat – man kann es Ideologie nennen oder Überzeugung. Viele sind dann sehr stark auf ihrer Schiene unterwegs. Das darf nicht sein. Ich möchte einfach nur darauf hinweisen, auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit: Nachhaltigkeit per se – man sagt ja immer, wir machen das auch für die nachfolgenden Generationen – ist sehr viel mehr als Klimaschutz. Und wenn wir diese Balance nicht im Auge behalten, dann kippt das Thema und die Attraktivität dafür immer weiter, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf Wirtschaft und Mittelstand, die wir dringend stärken müssen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Als nächstes nun Abg. Rainer Groß.

Abg. **Rainer Groß** (AfD): Vielen Dank. Ich würde gerne an die Ausführungen der Kollegin Abg. Caroline Bosbach nahtlos anschließen. Sie hat

einen Teil von dem vorweggenommen, was ich auch sagen wollte. Generell hat so ein Gremium wie dieses hier ja große Freiheiten. Die sollte man sich auch nehmen. Man ist jetzt auf der oberen Ebene der Steuerung. Demzufolge haben wir eben auch die Möglichkeit, mal out of the box zu denken. Das sollten wir dringend tun und, wie Herr Abg. Volker Mayer-Lay auch sagte, Zukunftsfragen in den Blick nehmen. Tatsächlich ist eben der Nachhaltigkeitsbegriff – ich komme jetzt aus der Finanzwirtschaft – ja längst out. Der ist altmodisch. Den will eigentlich keiner mehr hören. Die Rückversicherungsgesellschaft Munich Re hat damit richtig gut Geld verdient, weil sie nämlich die Prämien immer weiter ansteigen lassen konnte, und hat dann diesen „Turf“, dieses Feld, wieder verlassen, weil das jetzt im Wesentlichen gelaufen ist. In diesem Bereich wurde super verdient. Dies nur am Rande. Aber nochmal ernsthaft zurück zum Thema. Es geht um die positive Wahrnehmung des Begriffes Nachhaltigkeit. Wenn man den mit dem Begriff der Zukunftsfragen verbindet, dann entsteht ja daraus ein neues Bild. Nämlich dass man auch technologieoffen denkt. Schutz und andere Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang wurden oft negativ interpretiert. Wir müssen das tatsächlich mal positiv denken und schauen, was denn da für Chancen drinnen liegen. Wenn man Transformationen will, muss man dies ja auch nicht einseitig immer nur als Abwärtsspirale denken, so wie sie eben jetzt gerade stattfindet, in unserer klassischen Industrie. Man kann die Transformation auch positiv denken, wenn man sagt: Was kommt denn danach? Wir werden, an die Adresse der etwas orthodoxeren Vertreter gerichtet, in der deutschen Volkswirtschaft in Zukunft nicht vom Fahrradreparieren leben können, sondern wir brauchen entsprechende Wertschöpfung. Wo kommt denn bitte schön die Produktivität her? Wir haben jetzt schon eine Produktivitätslücke zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Da muss man sich fragen, ob das damit zusammenhängt, dass wir uns hier stark limitieren. Unsere Stahlproduktion geht zurück, denn grüner Stahl ist viel zu teuer. Unsere Chemieindustrie geht nach China. Die Autoindustrie geht am Ende ganz pleite. Das kann es ja nicht sein. In diesem Gremium muss es auch die Möglichkeit geben, das mal jenseits dieser ganzen Formalien stärker zu thematisieren bzw.



zu debattieren, weil wir an diesen wolkigen Begriffen leiden, die uns ständig im parlamentarischen Betrieb begleiten und die dann einfach so im Raum stehen und eben nicht mehr hinterfragt werden. Es ist eine Riesenchance, der wir uns hier widmen sollten. Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung meiner Ansicht nach die Nachhaltigkeitsstrategie auch so konzipieren und nicht nur ein orthodoxes, feststehendes Verständnis dieser Begrifflichkeiten verwenden, sondern das einfach ein bisschen freier interpretieren.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Vielen Dank. Dann hat Abg. Mayra Vriesema das Wort.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will vorneweg einmal sagen, dass das alles in Skandinavien bereits aktuell passiert. Dort wird jede parlamentarische Initiative, jedes Gesetz, das verabschiedet werden soll, einmal auf die Zukunftsvision, die dahintersteht, überprüft. Das ist grundsätzlich ein wichtiger Ansatz, den wir uns hier vielleicht auch zunehmend vornehmen sollten. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn man darüber spricht, was wir uns als Gesellschaft für die Zukunft wünschen, wir viel mehr Gemeinsamkeiten haben, als wenn man nur auf die kurzfristige Zukunft schaut. Da trennen uns in den politischen Parteien viele Dinge.

Dann will ich zur Abg. Caroline Bosbach einmal sagen, dass wir uns, glaube ich, auch einig sind, dass es bei dem Begriff Nachhaltigkeit auch um die ökonomische, die ökologische und auch die soziale Transformation geht. Nun ist es aber so, dass die Klimakrise, wenn wir über die Zukunft sprechen, natürlich eine der größten globalen Bedrohungen für uns darstellt. Das hat die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Brasilien ja noch mal gezeigt, ebenso alle Stimmen, die das da deutlich gemacht haben. Ich will einmal an Ihre Antwort zu meinem Kollegen Abg. Johannes Wagner anschließen, weil Sie gesagt haben, dass wir die Klimaneutralität nicht dadurch erreichen werden, wenn wir plötzlich das Flugzeug nicht mehr nutzen. Das teile ich. Es liegt ja auf der Hand, dass das nicht so sein wird. Ich frage mich aber schon angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung weiterhin fossile Subventionen gewährt und die Klimaschutzinstrumente abschwächt, wie denn

dann die Nachhaltigkeitsstrategie in Bezug auf die Klimakrise durch die Bundesregierung aussehen wird? Welche konkreten und verpflichtenden Kurskorrekturen planen Sie denn als Bundesregierung, um die Klimaziele zu erreichen? Sie haben das ja gerade schon angesprochen. Mich würde interessieren, wie Sie eine echte sozial-ökologische Transformation vornehmen wollen, angesichts der Klimakrise.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Dann haben Herr Abg. Hendrik Bollmann und dann Herr Abg. Ralph Brinkhaus jetzt das Wort.

Abg. **Hendrik Bollmann** (SPD): Sehr geehrter Herr Bundesminister Thorsten Frei, ich war jetzt gerade ein bisschen überrascht. Ich habe in den letzten Jahren immer den Eindruck gehabt, dass das Thema „Green Labeling“ und „Wir sind so nachhaltig“ im Marketing zahlreicher Unternehmen immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, bis ich mich fast gar nicht mehr davor retten konnte, und dass mittlerweile viele so stolz darauf sind, Biomarken und Ähnliches einzuführen, also das Thema Nachhaltigkeit auch zu bedienen. Ich glaube nur, da greife ich ein bisschen die Aussagen von Frau Abg. Caroline Bosbach auf, dass das Thema immer mit ziemlich viel Stress verbunden ist. Ich würde aber ganz gern Ihre Einschätzung dazu wissen. Ist es nicht auch eine gewisse Notwendigkeit, dass wir das Thema Nachhaltigkeit gerade im Sinne der Industrie vorantreiben? Denn wenn man sich die Geschichte der Industrie in Deutschland anschaut – ich selber komme aus dem Ruhrgebiet, die Geschichte der Firma Krupp ist mir relativ gut bekannt –, dann sieht man, dass die Firma Krupp damals nicht deshalb aufgestiegen ist, weil sie einfach nur Stahl produziert haben, sondern weil sie die Ersten waren, die ohne Schweißnaht ein Eisenbahnrad herstellen konnten. Das war ein entscheidender Innovationstreiber, etwas, was neu auf dem Markt kam und damit entsprechend auch eine Nachfrage bedient hat. Wir haben die Situation – unabhängig mal von den Fragen der allgemeinen Verantwortung für das Klima –, dass Ressourcenschonung in den nächsten Jahren weltweit ein zentrales Thema sein wird. Neben dem direkten Klimaschutz und eher altruistischen Ansätzen, die wichtig sind, ohne das geringer zu bewerten, stellt sich zum Beispiel die Frage, wie



wir mit Rohstoffen umgehen, die bei hoher Nachfrage immer knapper werden. Wie gehen wir mit Energie um, die ja sehr knapp ist? Wie gehen wir mit Wasser um, das ja, wie gerade gesagt worden ist, einer der großen Mangelressourcen in den nächsten Jahren sein wird? Ist das nicht auch die große Chance, dass eine Industrie wie Deutschland, die nie auf die Masse ausgelegt war, sondern auf Innovation, dass man dann sagen kann, in der Phase der Transformation, in der wir uns befinden, müssen wir schauen, wie wir die entsprechenden Umbrüche abfedern? Beispiel Sondervermögen: Das wurde ja auch hier angesprochen. Dabei geht es am Ende darum, aus so einer Phase deutlich gestärkter herauszugehen, gerade weil man sich dieser Aufgabe entsprechend der globalen Herausforderung angenommen hat. Das heißt, nicht nur über den Ansatz der Verantwortung für das globale Klima zu sprechen, sondern es gibt durchaus auch einen egoistischen Ansatz, nämlich das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz voranzutreiben.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Als nächstes spricht Abg. Ralf Brinkhaus.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Bundesminister Thorsten Frei, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hatte in der letzten Legislaturperiode einen wichtigen Antrag gestellt. Dieser ist der Diskontinuität anheimgefallen. Der Antrag wurde nur in erster Lesung beraten. Fokus war, dass der Deutsche Bundestag im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung stärker eingebunden werden muss. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode den Prozess der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Diesen Prozess hat die damalige Staatsministerin Sarah Ryglewski initiiert, und sie hat das auch gut gemacht. Ehrlicherweise muss man feststellen, dass die Einbeziehung des Deutschen Bundestages als Stakeholder irgendwo auch nicht viel größer als die Einbeziehung von irgendwelchen Nichtregierungsorganisationen oder sonst jemandem war. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird von der Bundesregierung festgelegt, ohne Beteiligung des Deutschen Bundestages, also zumindest nicht so, dass wir in irgendeiner Art und Weise darüber

abstimmen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, wenn man sich die Orientierung an den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung anschaut und die Indikatoren, die der Staat regelmäßig misst, dann ist das in 80 bis 90 Prozent der Fälle das Drehbuch für die Politik der Bundesregierung. 80 bis 90 Prozent aller Politikfelder sind durch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie in irgendeiner Art und Weise zumindest angesprochen worden. Deswegen sind wir schon in der letzten als auch in dieser Legislaturperiode der Meinung gewesen, dass, wenn man mit Zielen oder Leistungskennzahlen (Key Performance Indicators, KPIs) ein Art Drehbuch aufmacht, was man in Deutschland erreichen will, es Aufgabe des Deutschen Bundestages sein sollte, darüber zu beschließen. Am Ende des Tages entscheiden wir das, aber es ist ja auch eine Positionierung der Bundesregierung. Deswegen die konkrete Frage, ist die deutsche Bundesregierung der Meinung, dass man die Fraktionen hier im Deutschen Bundestag oder den Deutschen Bundestag insgesamt stärker einbeziehen sollte? Wir haben dann auch, für diejenigen, die das letzte Mal nicht dabei waren, zumindest einen Antrag gestellt, dass der PBnEZ das zentrale Organ sein sollte. Das war ja auch eine Frage, wie man den Beirat weiterentwickeln kann, damit er die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nicht kontrolliert, sondern steuert und regelmäßig damit beschäftigt. Dabei stellt sich die Frage, welche Ziele gesetzt werden. Sind diese Ziele noch angemessen, weil da auch Dinge drinstehen, über die man diskutieren kann? Sind diese Ziele erreicht worden? Wenn sie nicht erreicht worden sind, stellt sich die Frage, was die Gründe hierfür sind. Muss gegebenenfalls eine Anpassung vorgenommen werden? Das heißt, wir hätten hier eigentlich die Möglichkeit, ein gutes Instrumentarium zu nutzen, mit dem uns schon jetzt, ohne zusätzliche Berichtspflichten, weil der Staat ja regelmäßig daran arbeitet, die Zahlen zur Verfügung gestellt werden, um die Nachhaltigkeit in diesem Land voranzutreiben. Wenn man sich die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals (SDGs)) in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeit ansieht, dann ist es so, dass das wesentlich umfangreicher ist als nur das Thema Klima, was ich für wichtiger erachte als die Fraktion der AfD, aber da kann man ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Wir sollten



dabei die Bereiche Gesundheit, sozialer Zusammenhalt und Ernährung betrachten. Der Appell wäre auch einfach, dass wir das machen, was wir vor zwei Legislaturperioden schon mal gemacht haben. Bundesminister Thorsten Frei hatte es angesprochen. Wir haben uns dafür zumindest zwei Tage Zeit genommen, um alle SDGs durchzugehen, die zuständigen Minister in die Debatten einzubeziehen und allen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, ihre Positionen zu den SDGs und den jeweiligen Zielen tatsächlich im Deutschen Bundestag zu vertreten. Deswegen meine kurze Frage nach meinen längeren Ausführungen: Würde die Bundesregierung diesen Weg begrüßen, und wäre sie bereit, den PBnEZ bei der Weiterentwicklung und beim Controlling der Nachhaltigkeit stärker einzubeziehen, als dies die letzte Bundesregierung getan hat?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt sind wir gespannt auf die Antworten.

Thorsten Frei (Bundesminister für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes): Ganz herzlichen Dank. Ich will mal mit den letzten Fragen des Abg. Ralf Brinkhaus anfangen. Ich finde, das war sehr gut dargestellt. Ich würde mir die Antwort gern mit dem Staatssekretär Dr. Jörg Semmler teilen, wenn das für den Beirat in Ordnung wäre. Weil man da natürlich in dem genannten Bereich auch ganz besonders gut die Wirkung der einzelnen Maßnahmen messen und kontrollieren kann. Es wurde die Frage gestellt, ob sich die Bundesregierung dafür einsetzen würde. Ich habe den Eindruck, dass die Bundesregierung im Ganzen vielleicht noch nicht ganz so weit ist. Ich persönlich würde das aber sehr begrüßen. Wenn ich sage „ich persönlich“, dann arbeiten wir an diesem Punkt daran, wie wir es schaffen können, nicht nur eine personelle Verzahnung herzustellen, sondern auch mehr Entscheidungswirkung dorthin zu verlagern. Denn ich teile ausdrücklich die Einschätzung, dass es bei strategischen Zielen eher eine Aufgabe des Parlaments ist, oder jedenfalls einer parlamentarischen Legitimation bedarf, als dass man das allein aus exekutiver Sicht betrachtet. Dafür habe ich sehr viel Sympathie. Und auch die Art und Weise, wie der Ansatz formuliert wurde, lässt ja unterschiedliche

Umsetzungsmöglichkeiten zu. Das würde ich für die Bundesregierung sagen. Da bemühen wir uns um eine gute Umsetzung. Was den parlamentarischen Bereich anbelangt, halte ich das für richtig. Man braucht eben den Raum, um auch diese Gesamtbetrachtung vornehmen zu können. Aber das müssen wir dann an anderer Stelle entscheiden. Abg. Caroline Bosbach hat darauf hingewiesen, dass das Thema Nachhaltigkeit nicht positiv besetzt sei. Also ich persönlich, wenn ich von mir ausgehe, denke bei Nachhaltigkeit an Ausgleich und an Austarieren. Deswegen ist es für mich grundsätzlich positiv besetzt. Wenn man das mit dem Gedanken an Berichtspflichten, Nachweispflichten und allem verbindet, was da angesprochen ist, dann teile ich das. Ich halte das für ein ganz großes Problem. Manchmal habe ich sogar den Eindruck, dass diese Berichte, egal ob sie in Unternehmen oder in der Regierung erstellt werden, so etwas wie ein Ersatz für Politik sind, oder auch ein Ersatz für tatsächliches Handeln in den Unternehmen, weil sie so viele Kapazitäten binden, dass man sich um das Eigentliche nicht mehr kümmern kann. Ehrlicherweise ist es ja nicht nur so, dass wir in Brüssel immer mit großen Augen schauen, welche Berichtspflichten es dort alles gibt. Diese Berichtspflichten haben wir tatsächlich auch in Deutschland. Mir ist das besonders aufgefallen, weil ich im Rahmen meiner Koordinierungsaufgabe alles auf dem Tisch habe, was die Bundesregierung in irgendeiner Weise an das Parlament geben möchte. Und darunter sind enorm viele Berichte. Das ist ja nur das, was die Regierung ans Parlament gibt. Die einzelnen Ressorts machen noch eigene Berichte für viele andere Themen. Ich habe manchmal sogar den Eindruck, dass es mehrere Berichte für ein Thema gibt, mit unterschiedlichen Laufzeiten. Meistens ist es so, dass, wenn die Berichte dann fertiggestellt sind, längst am Nachfolgebericht gearbeitet wird. Wir werden das jetzt systematisch überprüfen, inwieweit man entweder auf Berichte vollständig verzichten kann oder den Rhythmus verändert. Es gibt auch Themen, die ich sehr interessant finde, bei denen man die Zahlen aber nicht jedes Jahr neu erheben muss. Da reicht es vielleicht auch, das alle zwei oder drei Jahre oder manchmal sogar nur alle fünf Jahre zu tun. Wir werden an vielen Stellen mit dem Parlament darüber sprechen müssen, weil es häufig



Parlamentsentscheidungen waren, die die Regierung beauftragt haben, solche Berichte zu erstellen. Ich will das mal so formulieren: Ich will weder etwas gegen Beauftragte sagen noch gegen Berichte. Aber es ist schon interessant, dass immer, wenn man sich in irgendwelchen Kommissionen mit irgendeinem Thema beschäftigt hat, ein Beauftragter regelmäßig am Ende einen Bericht erstellt. Da konnte man fast die Uhr danach stellen, egal um welches Thema es sich handelt. Da müssen wir, glaube ich, stärker darauf achten, was uns wirklich weiterhilft. Was ist notwendig und worauf muss man einfach auch verzichten? Politik muss auch lernen, nicht den Eindruck zu erwecken, dass man alles regeln und lösen kann, nach dem Motto: Wenn man es nicht kann, dann gibt es wenigstens einen Bericht dazu.

Abg. Rainer Groß hatte eine gewisse Dualität von Nachhaltigkeit und Technologieoffenheit beschrieben. Also ich würde das so nicht erkennen. Aus meiner Sicht besteht hier kein Gegensatz. Zu einer guten nachhaltigen Politik gehört für mich Technologieoffenheit. Weil ich ganz grundsätzlich der Auffassung bin, dass wir Politiker, aber im Zweifel auch die Fachleute, sich zurückhalten sollten, wenn es darum geht, zu behaupten, welche Technologien in den einzelnen Bereichen die Technologien der Zukunft sind. Wir haben dort, wie es Herr Abg. Hendrik Bollmann am konkreten Beispiel von Krupp gezeigt hat, in ganz vielen verschiedenen Bereichen, auch bei grundlegenden Technologien, immer wieder erlebt, dass sich Dinge durchgesetzt haben, von denen man das ursprünglich nicht geglaubt hätte. Ich bin der Überzeugung, dass der Staat Rahmenbedingungen bieten muss, damit diejenigen, die sich als Ingenieure, als Erfinder oder wie auch immer mit der Frage der besten Umsetzung beschäftigen, auch tatsächlich ihre Dinge voranbringen können. Wenn Sie sagen, Transformation könne man auch positiv sehen, auch Frau Abg. Mayra Vriesema hat den Begriff Transformation sehr umfassend verwendet, dann würde ich dem zustimmen. Unser ganzes Leben ist eine gewisse Transformation, weil wir immer wieder in den unterschiedlichsten Bereichen uns auf völlig neue Gegebenheiten einstellen müssen. Das würde ich dann auch mit einer positiven Grundhaltung machen. Das heißt für mich auch, dass es besser ist, die Menschen mitzunehmen, als sie ordnungsrechtlich, ich will jetzt nicht von

Bevormundung sprechen, in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. Das richtig auszutarieren, das halte ich für das eigentlich Wichtige. Herr Abg. Hendrik Bollmann, Sie haben das im Grunde genommen noch einmal zusammengefasst. Nachhaltigkeit richtig verstanden ist nichts Altruistisches, sondern dient letztlich unseren Interessen. Im besten Falle schafft Nachhaltigkeit die Rahmenbedingungen für gute Entwicklungen. Ich hatte es ja eingangs gesagt, dass Nachhaltigkeit für mich ein positiv besetzter Begriff ist. Und wir können im Zweifel alle einen Beitrag dazu leisten, dass das auch so wahrgenommen wird.

StS Dr. Jörg Semmler (Staatssekretär im Bundeskanzleramt): Vielen Dank. Wenn Sie erlauben, würde ich die Gelegenheit gern nutzen, die Ausführungen des Bundesministers noch ein wenig zum Stand der Diskussion innerhalb der Bundesregierung zu ergänzen. Es ist gesagt worden, dass der Staatssekretärsausschuss noch nicht getagt habe. Er wird tagen, und dann wird es auch entsprechende Beschlussfassungen geben.

Ich will vielleicht auf drei Aspekte eingehen. Im übergeordneten Bereich würde ich gerne aufgreifen, was Frau Abg. Caroline Bosbach eben gesagt hat. Es ist in der Tat wahrscheinlich – so nehmen wir das auch wahr –, dass in der Öffentlichkeit der Begriff der Nachhaltigkeit mit einer gewissen Konturenlosigkeit verbunden ist. Er ist nicht nur positiv besetzt. Deswegen ist es das Ziel der Bundesregierung, diesen Begriff wieder mit Leben zu füllen. Darüber werden wir ganz sicherlich eine Diskussion über die grundsätzliche Abgrenzung und die Zielbestimmung von Nachhaltigkeit und Resilienz führen. Das ist eine Diskussion, die sich gerade jetzt in der spätmodernen Gesellschaft an ganz vielen Stellen auch stellt. Wir werden sie auch vom Thema Staatsmodernisierung abgrenzen und in diesem Zusammenhang einordnen müssen. Gerade bei den Bemühungen der Bundesregierung um Beschleunigung und Vereinfachung, wir haben über Berichtspflichten gesprochen, sind wir an vielen Stellen dort, wo wir mit entlastenden Elementen der Staatsmodernisierung Nachhaltigkeitsziele unterstützen können. Was die politische Ausrichtung angeht, ist dazu schon einiges gesagt worden, ebenso zur inhaltlichen Neuausrichtung. Wir haben ja bisher diese Zieltrias der Ökologie, des Sozialen und der



Ökonomie. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Aspekt der Ökonomie stärker zu akzentuieren, und zwar vor dem Hintergrund einer umfassend verstandenen Zeitenwende: Krisenherausforderungen, Massenmigration, Staatsmodernisierung und die Gefährdung der Demokratie. Es stellt sich die Frage, wie wir an der Stelle der ökonomischen Stärkung neue Wege gehen können, auch in der Diskussion um die Nachhaltigkeit. Am Ende kann es dazu kommen, dass wir über Biodiversität sprechen und das Auswirkungen hat, auch auf die Resilienz von Wirtschaftsstrukturen, ebenso mit Blick auf die Diversifizierung der Energiesicherheit. In gleicher Weise kann man Ableitungen auch zur ökonomischen Seite von Nachhaltigkeit machen. Um diese Punkte soll es auch gehen. Darüber wird die Bundesregierung gerne mit Ihnen, natürlich auch mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, regelmäßig in Austausch treten. Wir werden uns ansehen, welche Formate sich dazu bieten. Zum Schluss will ich vielleicht noch einen Punkt zur Operativität sagen. Der Eindruck, der sich bei uns ergibt, auch übrigens bei denjenigen, die sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der jetzigen Nachhaltigkeitsstrategie beschäftigt haben, ist schon, wenn man ehrlich ist, dass das im Grunde eine Art von Bericht ist, der hier vorliegt. Es ist ein sehr umfangreicher Bericht, aber er ist eigentlich keine Strategie, weil er wenig Handlungsempfehlungen gibt und weil er sprachlich ein Stück weit auch sehr abstrakte Begriffe verwendet. Wir müssen schauen, dass wir stärker auch in der redaktionellen Arbeit dessen, wie wir es beschreiben, am Ende die Lebenslagen der Menschen wieder stärker in den Blick nehmen und das Ganze verständlich machen. Das ist ein wichtiger Punkt. Darüber hinaus haben wir vor, die Arbeit zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele u.a. durch entsprechende Missionen der Ressorts zu fokussieren. Missionen nicht verstanden als eine Arbeitsweise eines einzelnen Ressorts, sondern durchaus auch in der Vorstellung eines gesamtstaatlichen Ansatzes („Whole-of-Government“-Ansatzes). Mehrere Ressorts könnten sich zum Beispiel die Mission geben, die Anzahl der gesunden Lebensjahre, die im Durchschnitt in Deutschland bei 61,5 Jahren liegt, zu erhöhen. Dazu wäre natürlich nicht nur das Bundesministerium der Gesundheit berufen, sondern auch vielleicht das Bundesministerium

für Arbeit und Soziales oder das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Wenn wir solche konkreten Missionen formulieren und sie, das sage ich im Beisein des Bundesministers, gemeinsam mit dem Parlament wirkungsorientiert steuern, dann wäre das, glaube ich, tatsächlich etwas Neues. Dabei hilft uns auch der Koalitionsvertrag. Das sind im Wesentlichen die Überlegungen, die wir im Moment haben. Ich gehe davon aus, dass, sobald der Staatssekretärsausschuss dazu Beschlüsse gefasst hat, wir im Beirat noch viel detaillierter darüber berichten werden.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Der Begriff der „Mission“ ist mir jetzt zum ersten Mal begegnet, auch im Einsetzungsbeschluss schon. Wer schickt denn hier wen in Mission?

StS Dr. Jörg Semmler (Staatssekretär im

Bundeskanzleramt): Die Mission ist, so verstehen wir es bisher, die Aufgabe beziehungsweise der Auftrag, den sich die Bundesregierung selbst gibt. Die Bundesregierung und die Ressorts geben sich eine Mission im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele.

Wenn ich das noch sagen darf, wir haben das Gefühl, dass wir bei dem Umgang mit den Indikatoren stärker darauf achten müssen, dass sie besser zu den Maßnahmen passen. Wir können die 80 Indikatoren nicht verändern, da diese vorgegeben sind. Wir müssen aber schon schauen, dass wir sie stärker auf die politischen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie abstimmen. Der Eindruck, der in der Bundesregierung vorherrscht, ist, dass es da ein gewisses Delta zwischen den Indikatoren und den einzelnen Maßnahmen gibt. Mit den Missionen wollen wir versuchen, näher heranzukommen, es konkreter zu fassen und am Ende auch messbarer zu machen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker

(CDU/CSU): Dann stehen wir am Anfang einer wichtigen gemeinsamen Arbeit und werden unsere unterschiedlichen Perspektiven mit einbringen. Ich glaube, hier ist viel Kreativität gefragt und auch der Mut, manchmal einengende, auch selbst gesetzte Vorgaben in der Politik zu überwinden. Hierzu werden wir einen wichtigen Beitrag liefern. In diesem Sinne ganz herzlichen Dank für den heutigen Bericht und für den Kontakt, den wir nutzen werden. Unsere Wege



werden sich auch bei diesem Thema wieder kreuzen. Deshalb nochmals herzlichen Dank.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung gemäß § 70 Abs. 1 Satz 2 GO-BT über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche

a) zum Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit“ (Arbeitstitel) am 17. Dezember 2025

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wie gerade mit den Obleuten des Beirats bereits besprochen, möchte ich zunächst kurz darstellen, dass wir als nächsten Schwerpunkt das Thema „Gesundheit“ in verschiedenen Aspekten beleuchten wollen. Deshalb schlage ich vor, in der nächsten Sitzungswoche am 17. Dezember 2025, ein Fachgespräch zum Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit“ durchführen. Dazu haben wir eine Sachverständige eingeladen, die sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit genau damit befasst und zudem einem einschlägigen Gremium am Robert Koch-Institut (RKI) angehört. Sie hat sich bereit erklärt, hierzu vorzutragen. Frau Dr. Alexandra Schneider ist stellvertretende Direktorin des Instituts für Epidemiologie am Helmholtz-Zentrum München und zugleich Mitglied der Commission Environmental Public Health am RKI.

b) zum Thema „Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Gesundheit“ (Arbeitstitel) mit Dr. Eckart von Hirschhausen am 28. Januar 2026

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Am 28. Januar 2026 werden wir

Herrn Dr. Eckardt von Hirschhausen hier im Beirat begrüßen. Er wird zum Thema „Klimawandel: Ursachen und Auswirkungen auf die Gesundheit“ vortragen.

Am 14. Januar 2026 haben wir dann zum Thema Gesundheitsökonomie den Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses, Herrn Professor Josef Hecken, bei uns, der einen Überblick geben wird, und zwar aus einer eher organisatorischen und ökonomischen Sicht auf das Gesundheitswesen.

Ich bitte um Handzeichen, wer den vorgeschlagenen Terminen unter Tagesordnungspunkt 2 zur Durchführung öffentlicher Fachgespräche zustimmt. Ich stelle ich fest, dass der Beirat hierüber einstimmig beschlossen hat.

Tagesordnungspunkt 3

Berichte zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

Keine Wortmeldungen.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): An dieser Stelle möchte ich mitteilen, dass wir die Verteilung der Berichterstattungen zur Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung innerhalb der Fraktionen abgeschlossen haben. Dadurch haben wir jetzt klare Zuständigkeiten.

Schluss der Sitzung: 18:47 Uhr

gez.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Vorsitzende